

Call for Papers

für die Tagung „Re-Kommunalisierung und Partizipation“

vom 10.-11. Juli 2009, Universität Potsdam

Die Re-Kommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen wird zunehmend gefordert, und in einigen Bereichen ist sie sogar schon fortgeschritten. Die Überführung in öffentliches Eigentum bedeutet jedoch nur in den seltensten Fällen eine Wiedereingliederung in die Kernverwaltung, vielmehr wird davon ausgegangen, dass kommunale Unternehmen die Leistungserbringung übernehmen. Diese Organisationsform hat sich seit den 1990er Jahren zunehmend durchgesetzt. Mittlerweile ist jedoch auch Kritik laut geworden. Im Rahmen der Tagung soll diese Auseinandersetzung zusammengefasst werden.

Bei der Re-Kommunalisierung treffen zwei verschiedene Logiken aufeinander: Auf der einen Seite geht es um die Wiedereingliederung von Dienstleistungen in den Verantwortungsbereich der lokalen Verwaltung, also in ein Prinzip, das auf Transparenz und Mitwirkung beruhen soll. Auf der anderen Seite sind kommunale Unternehmen meist in einen Markt integriert. Transparenz und Mitwirkung scheinen somit nicht mehr in gleicher Form möglich zu sein. Auf der Tagung soll von daher diskutiert werden, was passiert, wenn die Logiken von Demokratie und Wettbewerb aufeinander treffen: Welchen Einfluss haben kommunale Unternehmen auf die lokale Demokratie?

Die Veranstalter der Tagung sind das Centre Marc Bloch in Berlin, die Hans-Böckler-Stiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie die Universität Potsdam.

Zur Präzisierung der Diskussion wurden folgende Hypothesen aufgestellt:

1. *Die Hypothese der black box:* Die private Rechtsform des kommunalen Unternehmens (GmbH, AG etc.) verhindert umfassende Einsichts- und Kontrollmöglichkeiten. Nur Gemeindevertreter mit einem Aufsichtsratsmandat sind potenziell in der Lage, eine Kontrollfunktion auszuüben. Für die übrigen Mitglieder des Gemeinderates ist das kommunale Unternehmen zu einer *black box* geworden, zu einem schwarzen Kasten, von dem nur Eingeweihte wissen, was darin passiert.

2. *Die Oligarchisierungshypothese:* Die Gründung kommunaler Unternehmen und die damit verbundene *black box* stellen eine Gegentendenz zur Transparenz und Partizipation der Verwaltung dar. In den 1990er Jahren hat sich die Kommunalverwaltung zunehmend den Bürgern geöffnet (z.B. durch Reformen der Kommunalverfassung, Einsichtsrechte, Bürgerentscheide, aber auch freiwillige Beteiligungsverfahren wie Lokale Agenda 21, Bürgerhaushalt etc.). Der Mitwirkung vieler in der öffentlichen Verwaltung steht somit die Mitsprache weniger im Aufsichtsrat eines kommunalen Unternehmens gegenüber.

3. *Die Hypothese des ökonomischen Nutzens der Partizipation:* Partizipation im kommunalen Unternehmen kann nicht nur ein Mittel sein, dem Demokratiedefizit entgegenzuwirken. Auch aus ökonomischer Sicht sprechen einige Gründe dafür. Partizipation könnte angesichts zunehmender Konkurrenz zum einen zu einer Identifikation mit dem Unternehmen führen. Zum anderen besteht die Möglichkeit, das Wissen der Bürger in Form einer Expertise zum Wohl des Unternehmens einzubringen.

Call for Papers

Während der erste Tag zur Orientierung im Kontext der Bundesrepublik Deutschland dienen soll, geht es am zweiten Tag um eine **internationale Diskussion, die vor allem in englischer Sprache** (eine Übersetzung ins Deutsche ist geplant) erfolgen soll. Hierfür ist der vorliegende Call for Papers ausgeschrieben, der sich auf zwei Themenbereiche bezieht:

- a) Beispiele von Partizipation in kommunalen Unternehmen.
- b) Erfahrung mit der Re-Kommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Zur Bewerbung ist ein **Abstract** von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) **bis zum 31. Mai 2009 einzureichen** (siehe auch Formblatt im Anhang).

Zur Konferenz selbst ist bei Annahme des Vorschlags ein **Paper oder ein Hintergrundmaterial bis zum 30. Juni 2009** einzureichen.

Die Auswahl der Bewerbungen erfolgt danach, inwiefern auf folgende Fragen eingegangen wird:

- Hintergrund: Vergleich und Beschreibung der Logiken von kommunalen Unternehmen und kommunaler Verwaltung.
- Zur Organisationsprivatisierung: Können ökonomische Effizienz und Allgemeinwohlorientierung innerhalb eines kommunalen Unternehmens in Einklang gebracht werden? Was macht es schwer, Unternehmen für Bürger – aber auch für Mitarbeiter und Gewerkschaften zu öffnen?
- Zur Ausgestaltung kommunaler Unternehmen: Welche Praxisbeispiele gibt es für Transparenz und Partizipation? Welche Erfahrungen wurden gemacht?
- Zur Re-Kommunalisierung: Was ist bei der Re-Kommunalisierung zu beachten? Gewinnt dadurch die Kommune tatsächlich mehr Kontrolle oder gibt es Bereiche, in denen private Akteure (durch Ausschreibungen) besser kontrolliert werden können?

Die Ausschreibung richtet sich insbesondere an DoktorandInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen. Für die ausgewählten Beiträge können die Fahrtkosten und die Übernachtung in Absprache übernommen bzw. bereitgestellt werden.

Auf eine interessante Diskussion und spannende Beiträge freuen sich

Dr. (des.) Carsten Herzberg	Dr. Lutz Brangsch	Katharina Weise	Prof. Dr. Jochen Franzke
<i>Wissenschaftliche</i>	<i>Kooperations-</i>	<i>Kooperations-</i>	<i>Kooperations-</i>
<i>Leitung</i>	<i>partner</i>	<i>partnerin</i>	<i>partner</i>
<i>CMB</i>	<i>(RLS)</i>	<i>(RLS)</i>	Uni Potsdam

Anhang

Antwort auf den Call for Papers der Konferenz „Re-Kommunalisierung und Partizipation“

Bitte bis zum 31. Mai 2009 senden an:

Centre Marc Bloch

z.Hd. Dr. (des.) Carsten Herzberg

Schiffbauerdamm 19

10117 Berlin

Mail: hca@cmb.hu-berlin.de

Fax (CMB): + 030/ 20933798

Tel (mobil): 017667723668

Name: _____

Vorname: _____

Institution: _____

Mail*: _____

Anschrift: _____

Ich möchte am Call for Papers der Konferenz „Re-Kommunalisierung und Partizipation“ teilnehmen. Mein Vorschlag bezieht sich auf folgenden Themenbereich:

Beispiele (Fallstudie) von Partizipation in kommunalen Unternehmen

Erfahrung mit der Re-Kommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Abstract (2.000 Zeichen¹):

¹ Zusätzlich kann der Aufbau des Vortrages skizziert werden